

Armin Ruda

Bürgermedien als mediale Plattform einer starken Zivilgesellschaft

Seit im Kabelpilotprojekt Ludwigshafen im Januar 1984 das erste Bürgermedium in Deutschland als Offener Kanal an den Start ging, sind nicht nur mehr als 30 Jahre vergangen, sondern mehr als 170 Bürgermedien dazugekommen. Diese verteilen sich im Jahr 2016 auf 14 Bundesländer, lediglich in Brandenburg und im Saarland gibt es derzeit keine derartigen Einrichtungen.

Angefangen hatte alles mit drei Offenen Kanälen, die 1984 und 1985 zur Probe in den Kabelpilotprojekten Ludwigshafen, Dortmund und Berlin eingerichtet wurden, dann in den Dauerbetrieb gingen und bis heute zigfachen Zuwachs bekamen. Ende der 80er Jahre wurde Radio Dreyeckland als erstes Nichtkommerzielles Lokalradio in Deutschland lizenziert, und in der Folge schrieben mehrere Landesmedienanstalten Frequenzen für Freie Radios aus, auf die sich interessierte Initiativen bewarben. In Nordrhein-Westfalen startete 1990 der Bürgerfunk als Pflichtbestandteil der kommerziellen Lokalradios, und 2001 wurde per Landesmediengesetz in Niedersachsen beschlossen, die Offenen Kanäle und Nichtkommerziellen Lokalradios unter dem Begriff Bürgerrundfunk zusammenzufassen. Bremen folgte damit 2005, und auch in Thüringen gibt es seit Januar ab 2016 neue Bezeichnungen: Die Hörfunksender (bislang OK und NKL) heißen nunmehr Bürgerradios, und der einstige Offene Kanal Fernsehen wurde zum Medienbildungszentrum. Um den Betrieb von Aus- und Fortbildungskanälen zu organisieren, gründete die bayerische Landesmedienanstalt 1995 die afk GmbH als Träger, und in Sachsen wurde 2002 das SAEK-Förderwerk ins Leben gerufen. Das erste Campusradio mit eigener Frequenz hat die nordrhein-westfälische Landesmedienanstalt 1997 lizenziert. Campusfernsehen ist in den meisten Fällen ausschließlich im Internet präsent.

Die jeweils zuständigen Medienanstalten in den betroffenen Bundesländern sind unter anderem damit beschäftigt, die unterschiedlichsten Varianten von Bürgersendern zu lizenzieren, zu beaufsichtigen, zu fördern oder in eigener Trägerschaft wie z. B. in Hessen zu betreiben. Einzig in Schleswig-Holstein werden die Offenen Kanäle von einer eigens dafür eingerichteten Anstalt des öffentlichen Rechts getragen. Die Mehrzahl der bundesweiten Sender wird von eingetragenen Vereinen betrieben, aber auch gemeinnützige Gesellschaften bürgerlichen Rechts und Universitäten treten als Träger auf.

Trotz der höchst unterschiedlichen Bezeichnungen, Modelle und Trägerschaften haben die Bürgermedien einige wichtige Gemeinsamkeiten:

- Sie bieten Bürgerinnen und Bürgern den chancengleichen und unzensurierten Zugang zu Hörfunk, Fernsehen und Internet,
- sie unterstützen somit zivilgesellschaftliches Engagement im lokalen und regionalen Umfeld und tragen zur lokalen Meinungsvielfalt bei,
- sie stellen die notwendigen Produktionsmittel und die technische Infrastruktur zur medialen Umsetzung der Ideen und Aktivitäten zur Verfügung,
- sie beraten und unterstützen die Bürgerproduzenten bei ihren medialen Vorhaben, und
- sie vermitteln Medienbildung mit einer breiten Palette von Workshops, Projekten, Vorträgen und vielem mehr – oft auch in Kooperation mit Trägern schulischer, außerschulischer und universitärer Bildung.

Ausgestrahlt werden die Programme lokal oder regional sowohl terrestrisch als auch via Kabel; eine überregionale Verbreitung erfolgt mit Smart-TV sowie im Internet. Live-Streams, Mediatheken, Apps, Facebook-Profilen und eigene YouTube-Channels gehören mittlerweile zum Standard, und auch die technischen Ausstattungen sind fast überall auf zeitgemäßem digitalem Niveau.

Dass Deutschland, im europäischen Vergleich, einen Spitzenplatz belegt, wenn es um den gesellschaftlichen Stellenwert von nichtkommerziellen Sendern geht, wurde überdeutlich bei den Fachtagungen in den Jahren 2012 in Kassel und 2013 in Berlin, zu denen Vertreter von Bürgermedien aus vielen Ländern Europas anreisten. In keinem anderen europäischen Land sind die Bürgermedien gesetzlich so verankert und damit institutionalisiert wie in Deutschland. Auch die Höhe der finanziellen Unterstützung spielt eine nicht untergeordnete Rolle im europäischen Vergleich. Die Landesmedienanstalten finanzieren oder fördern die mehr als 170 Einrichtungen jährlich mit insgesamt knapp 25 Millionen Euro – und finanzieren damit gleichzeitig jährlich rund 200 Ausbildungsplätze für junge Menschen, die in den Bürgersendern das notwendige Rüstzeug bekommen, um in nicht unerheblicher Zahl später auch in den „großen“ Sendern tätig zu werden.

Mit ihren vielfältigen Angeboten tragen Bürgermedien zur Partizipation der Bürger bei, zur lokalen Information und Identifikation, zur Integration, zum interkulturellen Dialog. Diese Aspekte der gesellschaftlichen Teilhabe waren und sind den beiden europäischen Gremien Parlament und Ministerrat so wichtig, dass sie in den Jahren 2008 und 2009 eine Entschließung und eine Erklärung veröffentlichten, um die Bürgermedien zu stärken:

Das Europäische Parlament „empfiehlt den Mitgliedstaaten, die Bürgermedien als eigenständige Gruppe neben den kommerziellen und öffentlichen Medien rechtlich anzuerkennen, sofern dies noch nicht geschehen ist und es nicht zu Lasten der traditionellen Medien

geht.“¹ Und der Ministerrat „erklärt seine Unterstützung für Bürgermedien und nimmt in Aussicht, ihnen dabei zu helfen, eine positive Rolle hinsichtlich des sozialen Zusammenhalts und des interkulturellen Dialoges zu spielen.“²

Der Legitimationsdruck, dem sich die Bürgermedien seit Anbeginn stellen mussten und – in einer digitalen Welt, die suggeriert, voller Offener Kanäle zu sein – immer wieder stellen müssen, hat angesichts der breiten Akzeptanz von der lokalen bis hin zur europäischen Ebene, nachgelassen. Für viele Akteure bürgerschaftlichen Engagements steht es außer Frage, dass die Bürgermedien einen wichtigen „Verbündeten“ im Sinne einer positiven zivilgesellschaftlichen Entwicklung darstellen. Themen der Zivilgesellschaft prägen quer durch die Republik den Charakter und das Profil der Hörfunk- und Fernsehmacher in Freien Radios, Offenen TV-Kanälen und Campussendern.

Lokal verortet sind die Bürgerfunker wichtige Teile universaler Netzwerke der zivilen Gesellschaft. Diese Bedeutung kann mit Hilfe des Internets heute noch sichtbarer gemacht werden, als in früheren Zeiten. In der aktuellen Debatte um die Integrationsbemühungen in Deutschland bekommt die interkulturelle Liberalität universeller Sichtweisen eine zunehmende Bedeutung. Gerade im überschaubaren kommunalen Umfeld werden direkte Kommunikationsformen aus dem Zusammenleben der Menschen zu relevanten Zeugnissen für die Chancen und Probleme eines neuen integrativen Pluralismus. Erfahrungen und ihre Reflexionen aus der Mitte dieses zivilgesellschaftlichen Prozesses können ein spannendes Profilmerkmal moderner Bürgermedien sein.

Wir brauchen also Bürgermedien, die mehr als bisher in den lokalen Netzwerken unserer Zivilgesellschaft aktiv sind, auf der anderen Seite bedarf es seitens der Akteure der Zivilgesellschaft (Vereine, Verbände, Stiftungen, Freiwilligenagenturen, Selbsthilfegruppen, Bürgerbüros, Bürgerinitiativen etc.) die verstärkte Bereitschaft, die relevanten Anliegen und Themen in die Berichterstattung einzubringen und die Möglichkeiten und Angebote der Bürgermedien aktiv zu nutzen. An positiven Beispielen eines interaktiven Zusammenwirkens mangelt es nicht, wie die jüngste Fachtagung zum Thema „Volkes Stimmen – Bürgermedien und Rechtspopulismus“ in Berlin am 17. November 2016 bei der Friedrich-Ebert-Stiftung eindrucksvoll unter Beweis stellte.

Durch eine verstärkte Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an und in den Bürgermedien können sich diese auch hinsichtlich ihrer finanziellen Ressourcen eine kontinuierliche politische und im Notfall aktivierbare Legitimationsgrundlage schaffen. Die Förderung und Unter-

¹ Aus: Entschließung des Europäischen Parlaments vom 25. September 2008 zu gemeinnützigen Bürger- und Alternativmedien in Europa

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bTA%2bP6-TA-2008-0456%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE> (abgerufen am 17. September 2015).

² Aus: Declaration of the Committee of Ministers on the role of community media in promoting social cohesion and intercultural dialogue: „... Declares its support for community media, with a view to helping them play a positive role for social cohesion and intercultural dialogue ...“.

<https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=1409919> (abgerufen am 17. September 2015)

stützung zivilgesellschaftlichen Engagements sollte neben der Vermittlung von Medienkompetenz, der Aus- und Fortbildung sowie der lokalen Meinungsvielfalt ein wichtiges Standbein einer medienpolitisch relevanten Evaluationsgrundlage für die künftige Arbeit der Bürgermedien sein.

Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, hat dies auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Stuttgart am 27. Juni 2016 trefflich zusammengefasst, als er dazu aufrief, die Bürgermedien zu Lernräumen für informierte Meinungsbildung zu machen:

„Versuchen Sie es ruhig einmal mit etwas mehr politischer Bildung. Denn wie Sie sicherlich wissen, leben wir in einer Zeit, in der das Bild vom Journalisten als Gegenspieler und Kontrollorgan in den Augen überraschend vieler Bürger nicht mehr verfängt. Stattdessen werden Medien als Teil der zu kontrollierenden Elite betrachtet. Bürgermedien können dem aktiv entgegen wirken, indem sie ihre Rolle als lokales oder regionales Gegengewicht ernst nehmen. Indem sie Bürgern die Gelegenheit geben, jenes Handwerkszeug zu erlernen, das für eine ausgewogene, kritische und realitätsnahe Berichterstattung nötig ist. Denn so werden Bürger darin geschult, sich vielseitig zu einem Umstand zu informieren und dieses Wissen aktiv weiterzutragen – zivilgesellschaftliches Engagement par excellence.“³

Autor

Armin Ruda, *Politologe, seit August 1997 Leiter des Medienprojektzentrums Offener Kanal Kassel, seit Dezember 2013 Vorsitzender des Bundesverbandes Offene Kanäle (BOK e.V.), Lehrbeauftragter an der Universität Kassel.*

Kontakt: ruda@mok-kassel.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de

³ Aus: Rede von Thomas Krüger anlässlich der Fachtagung medien.vielfalt.integration am 27.06.2016 in Stuttgart.